

Spain is different - Die Unabhängigkeits-Bewegung Kataloniens aus libertärer Sicht

Das erste Mal berichteten wir im Oktober 2017 umfassend über Katalonien: (unter diesem Link)

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Katalonien-Entsolidarisierung-im-Zentrum.pdf>

Bevor wir im Einzelnen über die aktuelle Entwicklung in Katalonien berichten,

möchten wir über das nie in Betrieb gegangenen Atomkraftwerk in Lemoniz im Baskenland informieren – womit der traditionell starke Widerstand seit der Franko-Diktatur im Baskenland auch daran deutlich wird – bis heute hin.

Diese Geschichte zu Lemoniz wird gern latent entstellt und mit staatlichen Versionen gespickt. Zehn Jahre geplant - dann zehn Jahre im Bau, ist das fast fertige Werk mit zwei Reaktoren von je 930 Megawatt dazu bestimmt, niemals Atomstrom zu liefern. Keines der seinerzeit rund 200 im Bau befindlichen Atomkraftwerke der Welt sah sich solch einer Opposition gegenüber wie Lemoniz.

Die baskische Untergrund-Bewegung ETA schloss sich den Umweltschützern an. Im Juni 1977 explodierten die ersten Bomben auf dem Baugelände. Dann wurde ein ETA-Aktivist erschossen, als er versuchte, die Stahl- und Betonkuppel mit Plastiksprengstoff in die Luft zu jagen.

Nach einer gewaltsamen Besetzung der Kernkraftanlage stürmte die Polizei das Gelände und vertrieb die Arbeiter und AKW-Gegner/innen mit brutaler Gewalt. Sabotageakte waren nicht selten. "Der Feind ist mitten unter uns", begriff die Bauleitung: Eine Bombe explodierte an der verwundbarsten Stelle des Atommeilers, im gerade fertiggestellten Reaktordruckbehälter. Die ETA rief vor jeder Zündung mit ausreichender Zeit bei der Bauleitung an. Bei der letzten Zündung warnte die Bauleitung bewusst die Arbeiter nicht, so dass 3 Arbeiter ums Leben kamen, was der AKW-Betreiber perfide zu Propagandazwecken gegen die ETA missbrauchte. Viele Berichte wurden von dieser Propaganda dahingehend gefärbt – bis heute hin, dass sich die Bewegung gespalten hätte, was aber erweislich gelogen war.

Daraufhin erschoss die ETA den verantwortlichen technischen Direktor. Als bei einer Anti-Lemoniz-Demonstration in Tudela die Polizei eine junge Demonstrantin erschoss, stieg die Sympathie für den Kampf gegen Lemoniz sogar.

Die ETA hatte sich inzwischen auch eine neue Taktik ausgedacht, um den Elektrizitätskonzern in die Knie zu zwingen. In einer beispiellosen Bombenaktion wurden die meisten Büros und Niederlassungen von der AKW-Betreiberfirma Iberduero im Baskenland zerstört, dann die großen Überland-Hochspannungskabel und Transformatoren in die Luft gejagt.

Der Tod des technischen Direktors Pascual hat das Unternehmen in die Knie

gezwungen. Die Firma sah sich nicht mehr in der Lage, das Atomkraftwerk fertigzustellen, weil die eigene Belegschaft nicht mehr mitmachte.

Geplant waren der Bau von 43 AKWs sowie geheime Forschungen zur Entwicklung eigener Atombomben - (aber „nur“ 10 wurden dann gebaut). Bereits zwei Jahre nach Francos Tod demonstrierten viele Spanierinnen und Spanier gegen den Ausbau der Atomkraft.

Mit 150 000 Menschen fand 1977 in Bilbao die größte Demonstration seit Ende des spanischen Bürgerkriegs statt – gegen den Bau eines AKW im nahegelegenen Lemoniz.

Dort steht das Kraftwerk, beinahe fertiggestellt, heute noch, direkt am Golf von Biskaya. Die Betreiberfirma Iberduero hatte allerdings nicht mit den Militantesten unter den Anti-Atomgruppen gerechnet.

In einer einzigen Nacht wurden 1977 zehn Büros des Unternehmens Iberduero gesprengt. In baskischen Städten stand an vielen Mauern geschrieben: »Goma-2 gegen Atomkraft«. Goma-2 war der Name des Plastiksprengstoffs, den die ETA für ihre Anschläge verwendete.

Die ETA wurde von der Bewegung nicht nur akzeptiert, auch von sogenannten „gewaltfreien“ Gruppen, sie wurde von vielen auch wegen ihres mutigen Einsatzes geschätzt und zog so neue Aktivisten/innen an. Die Polizei trug mit ihrer Repression dazu bei, dass sich die meisten in der Bewegung einen militanten Widerstand ausdrücklich wünschten.

Die weitere Geschichte um die spanische Anti-AKW-Bewegung und der vormals baskischen Autonomiebestrebung müssen wir hier nicht auswalzen – sie ist wie viele Bewegungen an dem Mix aus Staatsräson-Propaganda mit der Folge von Anpassung und parteiischem Streben nach dem Gewaltmonopol in ihrer Klarheit verloren gegangen – aber nicht verschwunden. „Der Widerstand im Baskenland hat verschiedentlich in aufgeklärten linken Kreisen zu der Schlussfolgerung geführt, dass es nicht entscheidend ist, ob Widerstand dauerhaft in einer Ursprungs-Version bestehen bleibt, sondern wichtig ist, dass Widerstand immer wieder neu geboren wird und seine Wirkung aus Erfahrungen von vergangenen Bewegungen neu und vielfältig verbessert entfaltet.“

Das gehört zu einer Entwicklung, die der französische Philosoph Jean-Paul Sartre so beschrieben hat:

“Die kommende Entwicklung wird härter sein und länger dauern als alle vorangegangenen Revolutionen und so lange gehen, bis alle (Staats-) Macht abgeschafft ist.“ Dazu dies Zitat:

**Zäune aus Beton und Stahl können wir überwinden,
wenn wir anfangen, die Zäune in uns selbst zu überwinden.**

Siehe das Beispiel: "Ukraine zwischen Zusammenleben ohne Herrschaft und Staatschismus."

[http://www.scharflinks.de/44.0.html&tx_ttnews\[tt_news\]=43115&tx_ttnews\[cat\]=41&cHash=3961e2fba4](http://www.scharflinks.de/44.0.html&tx_ttnews[tt_news]=43115&tx_ttnews[cat]=41&cHash=3961e2fba4)

Vorweg:

.) Die Herrschaft des Diktators Franco über Spanien war von einer umfassenden Zentralisierung des Staates gekennzeichnet. Er schaffte die im Laufe der Jahrhunderte unterschiedlich ausgeprägten lokalen und regionalen Selbstbestimmungsrechte weitestgehend ab. Deren Ursprünge lagen im Mittelalter und hatten während der zweiten spanischen Republik in den 1930er Jahren zu Autonomiestatuten für Katalonien, das Baskenland und Galicien geführt. Franco ließ jedoch jeglichen Ausdruck eigenständiger Kultur, Sprache und politischer Ansprüche in den verschiedenen Regionen unterdrücken. Insbesondere das Baskenland und Katalonien wurden durch das Franco-Regime politisch entmündigt und wirtschaftlich, etwa durch hohe Steuerabflüsse, bestraft. Im Widerstand gegen die spanische Diktatur gründete sich 1959 die baskische Untergrundorganisation Euskadi Ta Askatasuna ("Baskenland und Freiheit", ETA), die die Gegner einer baskischen Unabhängigkeit mit Militanz bekämpfte bis die ETA 2011 ihre Waffen endgültig niederlegte. Die Autonomiestatute der Regionen dienen nach Artikel 147 der spanischen Verfassung zwar als Grundordnungen der autonomen Gemeinschaften, genießen aber keine Verfassungshoheit – Änderungen müssen stets mit dem Parlament in Madrid ausgehandelt werden. Bis heute ist das Verhältnis zwischen dem spanischen Zentralstaat und den Regionen konfliktbehaftet – es hat den Konflikt zwischen Einheitsstaat und Regionen verstetigt.

.) Das aktuelle Salamanca-Projekt - In Spanien gibt es Streit über die Pläne zu Westeuropas größtem Urantagebau - Die Region im mittleren Westen Spaniens zwischen der Universitätsstadt Salamanca und der portugiesischen Grenze ist eine malerische Landschaft mit Rinder- und Schweineweiden sowie einem Meer aus uralten Steineichen. Der Untergrund ist indes reich an Uran: Die einen wollen den Schatz heben, um Atomkraftwerke mit Kernbrennstoff zu versorgen und der Region zu gut bezahlten Jobs zu verhelfen. Die anderen warnen hingegen vor der Gefahr großräumiger radioaktiver Belastung und Naturvernichtung: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1074583.das-salamanca-projekt.html>

.) Warum tendiert der eine Mensch nach links, wird zum libertären Sozialisten, Kommunisten oder Anarchisten, warum der andere zum Rechten oder gar Faschisten? – von Götz Eisenberg: " Ich bin im Kontext meiner Beschäftigung mit dem Spanischen Bürgerkrieg erneut auf diese Frage gestoßen. Geht es lediglich um

ideologische Prägungen, die meist in der Pubertät erfolgen und lebensgeschichtliche Weichen in die eine oder andere Richtung stellen?"

<http://www.theoriekritik.ch/?p=3111>

.) In Katalonien triumphieren wieder die Separatisten -

Der eigentliche Gewinner der Wahl ist dennoch die liberale Partei Ciudadanos der 36-jährigen Spitzenkandidatin Inés Arrimadas, die strikt gegen eine Abspaltung der Region von Spanien ist. Ciudadanos kommt sogar auf 36 Sitze – jedoch gab es wegen des schlechten Abschneidens der möglichen Koalitionspartner keine Chance auf eine Regierungsbildung: <https://www.welt.de/politik/ausland/article171836303/Neuwahl-in-Katalonien-Der-spanische-Staat-ist-besiegt-worden.html?lid=791922&wtrid=newsletter.eilmeldung.newsteaser...standardteaser>

.) Der Verlierer heißt Rajoy - Die Regionalwahlen in Katalonien haben große Gewinner und große Verlierer hervorgebracht. Die großen Gewinner sind die Unabhängigkeitsbewegung und die katalanischen prospanischen Marktliberalen von Ciudadans (Bürger), die großen Verlierer sind Spaniens rechter Ministerpräsident Mariano Rajoy und die linksradikale CUP: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1074181.wahl-in-katalonien-der-verlierer-heisst-rajoy.html>

.) Das Vergessen wegfegen - In Madrid erforschen Straßenreiniger das Schicksal von Kollegen, die zu Opfern Francos wurden. General Franco hatte im Sommer 1936 gegen die Zweite Spanische Republik (1931 – 1936) geputscht und den so ausgelösten Bürgerkrieg Anfang 1939 gewonnen. Er herrschte bis zu seinem Tod am 20. November 1975, besonders die Anfangsjahre waren von brutaler und systematischer politischer Verfolgung geprägt: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/das-vergessen-wegfegen>

.) Reaktionärer Staatsumbau – Die spanische Regierung formt das Land immer mehr nach ihrem Bild. <https://www.jungewelt.de/artikel/324166.reaktion%C3%A4rer-staatsumbau.html#>

.) Puigdemont: Katalanische Gefangene sind "Geiseln" Spaniens - Der katalanische Exil-Präsident Carles Puigdemont spricht nun davon, dass der spanische Staat katalanische Politiker als "Geiseln" festhält. Nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Madrid, den bisherigen Vizeregierungschef Oriol Junqueras und Chef der Republikanischen Linken (ERC) auch zwei Monate nach der Inhaftierung weiter in Haft zu halten, hat der "legitime Präsident" sich aus dem Exil in Brüssel per Twitter zu Wort gemeldet: https://www.heise.de/tp/news/Puigdemont-Katalanische-Gefangene-sind-Geiseln-Spaniens-3935135.html?wt_mc=nl.tp-aktuell.taeglich

.) Die Fratze Francos ist zurück - Der Konflikt um Katalonien hat die extreme spanische Rechte wiederbelebt. Dem beabsichtigten Ziel einer eigenen katalanischen

Republik ist man keinen Schritt näher gekommen. Im Gegenteil. Die Zentralregierung in Madrid hatte mit einem Arsenal an Zwangsmaßnahmen auf die abtrünnigen Katalanen geantwortet, einige zentrale Figuren der Unabhängigkeitsbewegung ins Gefängnis gesteckt, die katalanische Selbstverwaltung außer Kraft gesetzt und Neuwahlen für Ende Dezember einberufen. Doch der Drang nach Unabhängigkeit hat noch eine andere, unbeabsichtigte Folge: Die extreme Rechte ist so präsent wie seit dem Ende des Franco-Diktatur nicht mehr:

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1075145.katalonien-die-fratze-francos-ist-zurueck.html>

.) Spanien: Sklavenarbeit für unser billiges Gemüse - In Andalusien schufteten Zehntausende Migranten unter sklavenähnlichen Bedingungen, damit wir auch im Winter Peperoni essen können:

<https://www.infosperber.ch/Artikel/Wirtschaft/Spanien-Sklavenarbeit-fur-Obst-und-Gemuse>

.) Fast 100.000 Menschen demonstrieren für die Rechte baskischer Gefangener -

Eine zentrale Parole war, die immer wieder skandiert wurde und oft zu lesen war: "Baskische Gefangene ins Baskenland". Das ist die zentrale Forderung, die besonders stark allgemein erhoben wird, seitdem die ETA 2011 ihren Kampf "endgültig" eingestellt hat. Auch die katalonischen Gefangenen spielten eine Rolle:

https://www.heise.de/tp/features/Fast-100-000-Menschen-demonstrieren-fuer-die-Rechte-baskischer-Gefangener-3940761.html?wt_mc=nl.tp-aktuell.taeglich

.) Mund halten – Spaniens Kampf gegen die Meinungsfreiheit in der Demokratie -

In Spanien gibt man sich nicht nur streng konservativ, sondern ist auf dem langen Marsch zurück zu den Verhältnissen im Franco Faschismus. Auch der Konflikt in Katalonien hat zu einer beunruhigenden Zunahme von Verfahren gegen

Privatpersonen und politische Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung wegen mutmaßlicher Hassdelikte geführt, aber auch wegen angeblicher Rebellion, selbst wenn gar keine Gewalt im Spiel ist. Prozessrekord am Staatsgerichtshof – Zensur,

Kontrolle und der Katalonienkonflikt: <https://neue-debatte.com/2018/01/14/mund-halten-spaniens-kampf-gegen-die-meinungsfreiheit-in-der-demokratie/>

.) Am 30. Januar wollte sich Carles Puigdemont im katalanischen Parlament erneut zum Regionalpräsidenten wählen lassen. Kommt er oder kommt er nicht: Um sich

zum Regionalpräsidenten von Katalonien wählen zu lassen, muss Puigdemont aus dem belgischen Exil zurückkehren. Spannende Zeiten für Journalisten in Spanien.

Einige spekulieren, Puigdemont könne dafür aus seinem belgischen Exil zurück nach Barcelona kommen. Doch in Spanien droht dem Separatisten die sofortige Festnahme - ihm wird Rebellion vorgeworfen:

<https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Spanischer-Regierungsfunk,spanien886.html>

.) Vertreter Kataloniens in Brüssel: „Wir sind überzeugt, dass Madrid diese Büros abhören wird“ - Kataloniens Unabhängigkeitsbewegung - Zwischen Paranoia und Ratlosigkeit - Die Unabhängigkeitsbefürworter sind paralysiert. Die Vertreter in Brüssel haben nichts zu tun, in Barcelona ist man gespalten. Nach einer Übersicht der Bürgergruppe „ServidorsCAT“, haben 251 katalanische Staatsbedienstete seit Aufhebung der Autonomie ihre Jobs verloren, 10 sind in Haft. 24 Behörden wurden aufgelöst, 16 amtlich geschlossen. 100 Gesetzesvorhaben sind suspendiert, 9 Subventionsvorhaben wurden gestoppt. Unterdessen hat sich am Donnerstag der ehemalige katalanische Vizeregierungschef und Spitzenkandidat der Republikanischen Linken Kataloniens (ERC), Oriol Junqueras, aus dem Gefängnis zu Wort gemeldet. Er schlägt vor, eine „symbolische Präsidentschaft“ mit einer „effektiven“ zu kombinieren: Ein unbelasteter Politiker wird Regierungschef, Puigdemont bleibt „legitimer Präsident im Exil“: <https://www.taz.de/Kataloniens-Unabhaengigkeitsbewegung/!5479298/>

.) Puigdemont bleibt Kandidat Kataloniens - »Puigdemont ist und bleibt unser Kandidat für die Regionalpräsidentschaft«, sagte der Präsident des katalanische Regionalparlaments Roger Torrent am Donnerstag in einem Interview des Radiosenders RAC 1: <https://www.jungewelt.de/artikel/326540.puigdemont-bleibt-kandidat-kataloniens.html>

.) Katalonien: Eine Antwort an den Vizepräsidenten der Europäischen Kommission - Diese Argumente haben mehrere Ziele: als Allererstes und Wichtigstes das Gewissen der europäischen, öffentlichen Meinung zu beruhigen und zu vermeiden, dass bestimmte Fragen aufkommen, die für den spanischen Staat unbequem werden könnten. Die These „Spanien als demokratischer Rechtsstaat und EU-Mitglied bietet die entsprechenden demokratischen Wege, auf denen die katalanischen Unabhängigkeitsbefürworter ihre politischen Ziele demokratisch erreichen können, indem man im Vorfeld den spanischen Rechtsrahmen reformiert“, lässt sich leicht an die europäischen Medien verkaufen: https://www.pressenza.com/de/2017/12/katalonien-eine-antwort-den-vizepraesidenten-der-europaeischen-kommission/?utm_source=feedburner&utm_medium=email&utm_campaign=Feed%3A+pressenza%2FfxkhC+%28Nachrichten+von+Pressenza+auf+deutsch%29

.) Katalonien bewegt - die wachsende Repression - Die kriminelle Energie des Rajoy-Regimes scheint unerschöpflich zu sein. Der Wiederentdecker des neuen alten "Pronunciamiento" hat in Verbindung mit dem berühmt-berüchtigten Artikel 155 ("nukleare Option") brutalstmögliche Arbeit in Katalonien geleistet: Angefangen mit dem Regime-Change über Gesinnungshaft und -hetze bis hin zu erzwungenen Neuwahlen: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-01/katalonien-konflikt-spanien-regierung-klagen-wiederwahl-carles-puigdemont>

.) Spanien auf dem Wege zum Unrechtsstaat - Seit mindestens September 2017 hat das Königreich Spanien, das seit Ende Oktober 2017 in Katalonien und gegen Katalanen nicht mehr in demokratischer, sondern in ‚postdemokratischer‘ Weise vorgeht, im Katalonienkonflikt millionenfach die Menschenrechte verletzt und ist für einen der schwersten Fälle von Menschenrechtsverletzungen in Europa während der letzten Jahrzehnte verantwortlich. Nun haben drei Richter der Berufungskammer des Obersten Gerichts des Königreichs Spaniens einen erkennbar politisch motivierten Beschluss gefasst, der erneut gegen Menschenrechte verstößt und offenbart, dass Spanien endgültig auf dem Wege ist, zu einem „Unrechtsstaat“ zu werden: <https://www.pressenza.com/de/2018/01/spanische-unrechtsjustiz-verletzt-weiterhin-menschenrechte/>

.) Asterix und die Unabhängigkeit - Was Gallier und Katalanen gemeinsam haben - Eine fiese Zentralmacht und ein Volk, das mehr Unabhängigkeit will: Die Autoren des neuen Asterix-Bandes sehen erstaunliche Parallelen zwischen Comic und Wirklichkeit: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/katalonien-asterix-autoren-sehen-parallelen-zum-comic-15239374.html>

.) Die Sozialdemokratie könnte diesen Tendenzen etwas entgegensetzen und wieder eine Volkspartei werden, wenn sie eine andere Haltung einnimmt. Kulturelle Hegemonie gibt es nicht umsonst. Dafür muss man kämpfen. In der Epoche des neoliberalen Kapitalismus bedeutet dies für Sozialdemokrat*innen, Sozialisten*innen und linke Parteien, die Herausforderungen des neoliberalen Klassenkampfes von oben auch von unten anzunehmen. Es braucht den Mut zu einer »radikalen Reformpolitik«. Es geht darum, Intellektuelle eines neuen Typs« hervorzubringen, die direkt aus den Lohnabhängigen hervorgehen und gleichwohl mit [ihnen] in Kontakt bleiben, um »Korsettstangen« einer neuen Bewegung zu werden: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=41899>

Zur Info

weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

"Spain is different" - Die Unabhängigkeits-bewegung Kataloniens aus libertärer Sicht Von: kata & hamo

Referendum und Neuwahlen hin oder her, doch eines ist sicher: Die Frage der

Unabhängigkeit wird in naher Zukunft nicht so schnell wieder verschwinden. Und das hat vielfältige Gründe. Doch ist die Debatte dazu im deutschsprachigen Raum noch ziemlich jung, häufig von Halbwissen geprägt und ziemlich stark in deutschen Denkmustern verhaftet. Da es unmöglich ist, sich mit den Nachrichten der deutschen Medien ein korrektes Bild der Situation zu machen, geben wir hier einen historischen Kontext, eine kurze Beschreibung der Unabhängigkeitsbewegung und Stimmen aus der Anarchistischen Bewegung vor Ort wieder. ---- Das Regime von '78 ---- Um die heutige katalanische Unabhängigkeitsbewegung zu verstehen, muss man die heutigen politisch-soziale Ordnung und Funktionsweise im spanischen Staat verstehen, die sich als Resultat der transición herausgebildet hat. In der iberischen Linken wird dieses System seit einigen Jahren als "Regime von '78" bezeichnet. Als transición wird der Übergang des Franquismus zur parlamentarischen Demokratie bezeichnet.

Das offizielle Bild dieses Übergangs wird aber von Mythen bestimmt, demnach alle Spanier*innen vernunftgeleitet und gewaltlos eine große Kompromissbereitschaft gezeigt hätten, um dem Land die Demokratie und sozialen Fortschritt zu bringen. Die Realität war aber komplexer, wenig romantisch, weniger fortschrittlich und auch keineswegs gewaltlos. Schon zu Francos Lebzeiten zeigten sich die Risse im Granit der Diktatur. Die antifranquistische Opposition und die Arbeiter*innenbewegung befanden sich in Dauermobilisierung, an den Universitäten bekehrten die Studierenden auf, eine neue Frauenbewegung war im Begriff zu entstehen und selbst viele Priester näherten sich oppositionellen Positionen an, kurz: Es herrschte dauerhafte Unruhe auf der Straße. Viele Franquistas - insbesondere ab der oberen Mittelschicht - trieb die Angst vor einem Aufstand oder gar einer Revolution um. Die begrenzten ökonomischen Möglichkeiten, die die relativ isolierte und nur bedingt in den Weltmarkt integrierte Diktatur aufwies, machte Teile der franquistischen Bourgeoisie Sorgen, während sich die meisten anderen westeuropäischen Staaten ökonomisch hervorragend zu entwickeln schienen. Eine Annäherung an die anderen westlichen Staaten und insbesondere an die EWG sollte die Lösung sein. Doch war hierfür eine Öffnung und eine gewisse Demokratisierung nötig.

Da man Rücksicht auf die Hardliner nehmen musste, die u. a. in Polizei, Militär und Justiz tief verankert waren und man auch selbst mit dem Franquismus ideologisch nicht brechen wollte, sollte mit einem Amnestiegesetz die Verfolgung franquistischer Verbrechen für immer verhindert werden und man versuchte so viele Komponenten der franquistischen Ideologie wie möglich zu retten: Den Katholizismus durch das Konkordat mit dem Vatikan, den

Nationalismus durch die absolute Unteilbarkeit des Landes und die Symbole (z. B. die rot-gelb-rote Fahne), den Autoritarismus durch den Zentralstaat, den Antisozialismus durch die Übernahme der Privilegien des Kapitals und des westlichen Sozialpartnerschaftsmodells (das durch den Moncloa-Pakt mit den Gewerkschaften besiegelt werden sollte) und natürlich der Monarchismus. Bereits Franco erkor und erzog Juan Carlos, Vater des heutigen Königs Felipe IV, zu seinem Nachfolger und dieser wiederum bezeichnete Franco als sein Vorbild. Der Monarch hat dabei keineswegs nur eine große symbolische Funktion, sondern auch eine ganz konkrete: Die Aufrechterhaltung des neuen Status Quo, denn er ist es, der über die Regierungsbildung durch Ernennung und Entlassung oder Auflösung von Regierung oder Parlament wacht, Gesetze unterzeichnen muss, sowie der Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist.

Ein immaterieller und inoffizieller Pakt des Schweigens bzw. Vergessens sollte die unbequemen Geister der Vergangenheit ein für allemal begraben. Doch während sich die Postfranquist*innen nie wirklich daran hielten, werfen sie antifaschistischer Erinnerungskultur bis heute regelmäßig vor, "alte Wunden aufzureißen" und angeblich unverantwortlich neues Leid produzieren zu wollen. Die politische Praxis der derzeit regierenden Partido Popular (PP) (gegründet von Fraga Iribarne, während der Diktatur

Innen- und Tourismusminister) ist das beste Beispiel dafür: Während sie einerseits alles unternimmt, um die Exhumierung von Massengräbern zu verschleppen und den linksliberalen Richter Garzón wegen Verstoßes gegen das Amnestiegesetz anklagt, weil er mit Verweis auf die Menschenrechtskonvention die Verbrechen des Bürgerkriegs juristisch aufarbeiten wollte, weigert sie sich andererseits bis heute, sich von Militärputsch gegen die Republik und dem Franco-Regime zu distanzieren und deren Politiker*innen nehmen auch heute noch an Ehrenzeremonien "gefallener" franquistas teil. Die Regierung Aznars ('96-'04) ließ sogar mit Steuergeldern einen Soldatenfriedhof für die Gefallenen der Blauen Division bauen, einer Freiwilligenbrigade spanischer Faschisten, die am deutschen Russlandfeldzug teilnahmen.

Dass auch Teile der linken Opposition an der transición teilnahmen, war keine Selbstverständlichkeit. Möglich machte dies letztlich vor allem ein Generationswechsel. Junge Karrierist*innen aus der PSOE, die die Klassensolidarität und Klassenkämpfe der 30er Jahre nicht mehr miterlebten, sahen ihre Chance gekommen, die Diktatur zu überwinden und nebenbei - natürlich - politisch Karriere zu machen. Dazu musste zuerst die alte antifaschistische Parteigarde ausgebootet werden. Hierzu spalteten sie sich von der Partei ab und gründeten eine neue PSOE. Mit viel taktischem Geschick konnten sie einen Großteil der Parteibasis auf ihre Seite

bringen, obwohl diese, wie die meisten Antifranquist*innen, keine Demokratisierung des Regimes, sondern einen demokratischen Bruch und eine neue Republik forderten. In der Realität führte dies zu bisweilen äußerst komischen Szenen. So sollen beispielsweise auf einem Parteitag die Funktionär*innen die Internationale angestimmt haben, nur um die Rufe der Basis nach einer Republik zum Verstummen zu bringen. Auch die PCE konnten die Verfechter*innen der transición für sich gewinnen, doch war sie zu dem Zeitpunkt sowieso keine revolutionäre Partei mehr. Und da die wichtige Gewerkschaft UGT unter maßgeblichem PSOE-Einfluss stand, war auch deren Unterzeichnung des Moncloa-Paktes reine Formsache.

Durch die 1978 ausgearbeitete Verfassung sollte die neue politische Ordnung besiegelt werden. In einem Referendum wurde die Verfassung dann mit einer breiten Mehrheit angenommen. Diesen Umstand muss man allerdings im Kontext sehen: Das Verfassungsreferendum war in erster Linie eine Frage zwischen Erhalt oder Überwindung der Diktatur. Die Verfassung – geschmückt mit franquistischen Symbolen - hat in der spanischen Politik bis heute eher einen instrumentellen Charakter. Man beruft sich immer dann auf sie, wenn es opportun erscheint, wie aktuell beispielsweise spanische Nationalist*innen in der Katalonienfrage. Als die katalanische Regionalregierung vor zwei Jahren auf Druck sozialer Bewegungen und linker Parteien erstmals überhaupt ein Gesetz erließ, das dem Artikel 47 der spanischen Verfassung (Recht auf würdevolles Wohnen) Rechnung tragen sollte, wurde das Gesetz von der Zentralregierung wiederum aufgehoben - mit der Begründung, dass es verfassungswidrig sei. Und das alles gilt nicht nur für die Verfassung. Bei der übrigen Gesetzgebung ist es nicht anders, worauf zum Beispiel die unendlichen Korruptionsfälle, die Folter politischer Gefangener oder die Todesschwadronen in den 1980ern hinweisen. Die letzten 40 Jahre haben dabei gezeigt, dass es nahezu unerheblich ist, ob in Madrid nun der PP oder die PSOE regiert. Wenn sich etwas nicht weglegen oder aussitzen lies, wurde ein Bauernopfer dargeboten und man machte weiter wie bisher. Im Falle der GAL (einer parapolizeilichen Terroreinheit in den 80er Jahren) musste der damalige Innenminister José Barrionuevo (PSOE) seinen Kopf hinhalten und im aktuellen PP-Korruptionsskandal der ehemalige Parteischatzmeister Luis Bárcenas.

Auch in der täglichen Politik unterschieden sich die PP und PSOE höchstens auf kulturellem Terrain. Die Verteilung und Verwendung von Steuergeldern - ein bedeutender Kritikpunkt für viele bürgerliche independentistas (Befürworter*innen der Unabhängigkeit Kataloniens) - ist ein anschauliches Beispiel hierfür. Für die Verteilung aller Steuern - ausgenommen diejenigen, die nur lokal oder regional begrenzt erhoben werden - ist die Zentralregierung zuständig. Wie hoch der Steueranteil ausfällt, der auf die Regionen zurück verteilt

wird, hängt von der politischen Loyalität gegenüber dem Status Quo ab, weswegen Katalonien z. B. unter der Regierung Jordi Pujol und Pasqual Maragall auch gut profitierte. Ausgegeben wird das rückverteilte Geld dann meist auch zu großen Teilen für fragwürdige Prestigeprojekte, an denen die den jeweiligen Parteien nahestehenden Kapitalfraktionen verdienen. Die Flughäfen von Ciudad Real und Castellón oder der aktuelle Plan zum Bau einer Mauer quer durch Murcia sind dabei lediglich die eindrucksvollsten und absurdesten Beispiele.

Die katalanische Unabhängigkeitsbewegung zwischen Nationalismus und Antinationalismus

Seine historischen Wurzeln hat der independentisme im katalanischen Nationalismus, der im 19. Jahrhundert aufkam. Die Renaixença, wie die Zeit der Konstruktion des katalanischen Nationalismus genannt wird, war anfangs eine reine Kulturbewegung. Zum Beginn des 20.

Jahrhunderts und mit dem Aufkommen neuer politischer Akteur*innen wie die ERC (~Nationalistische Linkspartei Kataloniens) und Estat Català, welche vor allem das untere Kleinbürger*innentum repräsentierten, kamen dann erstmals die Forderungen nach einer

unabhängigen Staatlichkeit auf. Das Kapital blieb dem spanischen Staat treu und auch die Arbeiter*innenklasse war bis zum Bürgerkrieg weitgehend

internationalistisch, abgesehen von eher kleineren Organisationen, wie z. B. die POUM, die für das Selbstbestimmungsrecht plädierte. Erst die franquistische Diktatur lies den Katalanismus für breitere Kreise der organisierten

Arbeiter*innenklasse als Form eines kulturellen Widerstands attraktiv erscheinen.

Denn anders als manche katalanische Nationalist*innen heute gerne behaupten, waren die Strafen, die einem hierfür drohten, relativ gering - jedenfalls im Vergleich zu den Strafen mit denen die radikalen Linken zu rechnen hatten.

Nach der transición verlor die Frage der Unabhängigkeit an Bedeutung, viele hofften in einem "demokratischen" Spanien auf ein gutes Auskommen. Das katalanistische Bürgertum zog sich auf regionale Traditions- und Brauchtumpflege zurück und hielt nun die Unabhängigkeit für überflüssig. Lediglich Teile der ERC und PSUC, sowie die esquerra independentista (orthodox-marxistische Kleingruppen, die einen Befreiungsnationalismus proklamierten) und

in gewisser Weise auch die Anarcoindependentistas 1 hielten weiterhin an der Unabhängigkeit fest. Der völkische Charakter, den der katalanische Nationalismus der 70er, 80er und bisweilen auch 90er prägte, wurde inzwischen über Bord geworfen. Zwang zu

Einsprachigkeit und Repatriierung spanischer Binnenmigrant*innen fordert heute

(außer den völlig unbedeutenden rechtsextremen Katalanist*innen) zum Glück niemand mehr.

Bis vor rund 10 Jahren noch spielte die Frage der Unabhängigkeit für weniger als 1/4 der Bevölkerung eine Rolle.

[1] Eine sehr kleine anarchistische Strömung, die sich in den 80er Jahren in vielen europäischen Regionen herausbildeten, wie z. B. der Bretagne, dem Baskenland, Sardinien, Okzitanien und auch in Katalonien. Sie vertritt ein um den Diskurs nationaler Befreiung erweiterten Anarchismus, was zu Recht widersprüchlich klingt: Nationale Unabhängigkeitsbewegungen fordern i. d. R. die Schaffung eines neuen Staates, die Anarcoindepes, wie andere Anarchist*innen, sind hingegen antistaatlich.

Was ist seitdem geschehen und hat die Frage wieder auf die Tagesordnung gebracht? Drei sich zum Teil überschneidende Entwicklungen sind hierfür entscheidend. Zum einen die

Wirtschaftskrise und ihre Folgen. Die rigide Austeritätspolitik und die zunehmend autoritäre und aggressive Formierung des spanischen Staates und Nationalismus zusammen mit den strukturellen Problemen, die aus der transición herrühren, brachten den breiten Wunsch nach einem Bruch mit dem Regime von 78 wieder zurück. Dieser Wunsch wurde vor allem in Katalonien zu einem Massenphänomen. Das liegt zum anderen an der katalanischen nationalen Frage. Obwohl die katalanische Zivilgesellschaft traditionell sehr stark und hochgradig organisiert ist, schaffte es die Regionalregierung, mit einem nationalistischen Diskurs von den eigenen Korruptionsskandalen und der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik abzulenken. 2010 hob das spanische Verfassungsgericht auf Wunsch der PP einige Teile des '05/'06 neu ausgearbeiteten Autonomiestatuts auf, insbesondere diejenigen Passagen, die sich den Themen Sprache, Kultur und nationale Identität widmeten. Für viele

Katalanist*innen war damit eine rote Linie überschritten, vor allem, da sie sich auch so schon kulturell und sprachlich unterdrückt fühlten. Es ist natürlich nationalistischer Unsinn, wenn man wie z. B. Carme Forcadell (Ex-Parlamentspräsidentin und Ex-ANC-Vorsitzende) behauptet, dass die katalanische Identität per se bedroht sei. Doch kommt die gefühlte sprachliche und kulturelle Diskriminierung nicht aus dem Nichts. Immer wieder fordern spanische Politiker, wie z. B. der Ex-Bildungsminister José Ignacio Wert, dass man katalanische Kinder hispanisieren müsse, Vertreter*innen spanischer Behörden reagieren bis heute immer mal wieder unfreundlich, wenn man ihnen gegenüber katalanisch spricht²

und kulturpolitische Entscheidungen der Generalität werden von der Zentralregierung häufig mit spanisch-nationalistischen Begründungen wieder aufgehoben. Zu guter Letzt ist da noch der aggressive spanische Nationalismus, der über den beiden zuvor genannten Punkten schwebt und von dem sich die katalanische Unabhängigkeitsbewegung emanzipieren möchte. Ironischerweise gelten deswegen spanische Nationalist*innen für die Independentistas auch als die eigentlichen "Helden der Unabhängigkeitsbewegung".³

Wenn auch der katalanische Nationalismus in der heutigen Unabhängigkeitsbewegung selbstverständlich eine Rolle spielt (und für einige sicher eine große), so geht es dennoch in erster Linie um die Abschüttelung des franquistischen Erbes, Demokratie und das Recht zu entscheiden. Genau genommen geht es also um Dinge, die vielen Menschen in Katalonien (und auch darüber hinaus) von Bedeutung sind. Etwa 80 Prozent der katalanischen Bevölkerung ist beispielsweise durchaus für ein offizielles Referendum – unabhängig davon, ob sie nun für oder gegen einen neuen Staat sind. Ein Bild eines selbstgemachten, spanischsprachigen Plakates vom Generalstreik am 3. Oktober bringt es auf den Punkt: "Mein Wunsch ist der Konföderalismus, meine Sehnsucht die Selbstbestimmung, mein Kampf die echte Demokratie, doch solange sie nur Repression bieten, wähle ich die Unabhängigkeit um fortzuschreiten." Dass es nun in gewisser Weise die katalanische Unabhängigkeitsbewegung ist, die nun die Politik der 15M-Bewegung fortführt, ist die Folge der Schwäche der Linken in Gesamtspanien und der Enttäuschung über die junge neue Linkspartei Podemos, die sich von ihrem ursprünglichen Ziel sukzessive entfernt hat, in der Hoffnung bald in Madrid (mit)regieren zu können. In Katalonien haben sich deswegen Teile ihrer Basis sogar nun ganz abgespalten und die Initiative SomAlternativa gegründet, die in ihrer Zielsetzung wieder zurück zu den Wurzeln von Podemos geht: Die Überwindung des postfranquistischen Regimes.

Der Procés

Alle diese Entwicklungen schufen die heutige Unabhängigkeitsbewegung, den sogenannten Procés, mit dem Ziel der Schaffung einer demokratischen Republik. Doch die ganze Problematik eines klassen- und politischen lagerübergreifenden Projektes wird die Unabhängigkeitsbewegung nicht ewig kaschieren können. Schon in der Frage, wie die zukünftige Republik aussehen soll, gehen die Meinungen auseinander. Während die CUP und andere Linke von einer sozialen Republik von unten träumen, hofft die Mittelschicht, auf eine andere Verteilung der Steuergelder und ist in einen neoliberalen und einen sozialreformerischen Teil gespalten, während sich das

Bürgertum eine leistungsorientierte Selbstoptimierungsrepublik wünscht. Andere Fragen, wie zum Beispiel die von Migrationsregelungen, Asylverfahren und institutionellem (und anderem) Rassismus wird man sich in einem neuen Staat innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ebenfalls stellen müssen. Dann dürfte auch der gegenwärtige antirassistische Anspruch ins Wanken kommen. Es offenbart sich also noch vor der realen Umsetzung des Staatsprojektes die ganze Illusion der Hoffnung, die die Unabhängigkeitsbewegung, wie so viele andere Bewegungen auch, in die Staatlichkeit setzen.

Eine weitere Illusion offenbart sich im Charakter der Bewegung und deren Selbstwahrnehmung. Das Bild der quasi antiautoritären Basisbewegung, die die katalanischen Institutionen vor sich her treiben, stimmt höchstens teilweise. Als die Bewegung in den Jahren 2009/'10/'11 anfang, anzuschwellen, war sie eine insgesamt zumindest hierarchiearme Basisbewegung, wovon sie sich aber Schritt für Schritt zusehends entfernte. Zuerst stand ein großer Teil der Bewegung den Organisationen ANC und Omnium eine gewisse Führungsrolle zu, dann fing die Politik an, zu versuchen, die Bewegung unter Kontrolle zu bringen. Der Umstand, dass die Menschen Arthur Mas' Spiel der Ablenkung von seiner eigenen unbeliebten Politik durchschauten und die CiU sich an der Frage der Selbstbestimmung selbst zerlegte, verhinderte dies zunächst. Doch als Junts pel Si, Carles Puigdemont mit seiner PDeCat (katalanistischen Reste der CiU/CDC) gemeinsam mit der ERC die Zügel in der Generalitat übernahmen, wurden sie von einem großen Teil der Bewegung als Führung anerkannt. Und als dann rund um den 1. Oktober viele Leute die mossos d'escuadra als "unsere Polizei" bejubelten, dürfte selbst so manchem militante der CUP schlecht geworden sein. Denn wie sehr die mossos "schon immer dem Volke dienen"(Joan Tardá, ERC), ist bekannt: Operación Pandora und Pinyata, Fall Quintana, El síndrome de Sherwood, Fall Juan Andrés Benítez, die täglichen Zwangsräumungen, usw.

[2]Vgl. z. B. vilaweb.cat/noticies/fined-601-euros-for-speaking-in-catalan-to-spanish-police-at-barcelona-el-prat-airport

[3]Diesen Titel trägt beispielsweise eine letztes Jahr erschienene Sammlung von Zitaten spanischer Nationalist*innen. Vgl. Jordi Calvís/Andreu González (Hrsg.): Herois indepes. Els veritables impulsors del Procés, Valls 2016.

Mit dem Aufkommen der Comités de Defensa de la República (CDR), die auch von einigen Anarchist*innen als progressive Interventionsmöglichkeit von Links und von Unten angesehen wird, scheint inzwischen zwar eine neue antiautoritäre Basisbewegung innerhalb des Independentisme im Entstehen zu sein. Doch können sie zu einer sozialen und (links)politischen Wendung der Bewegung beitragen? Nicht nur Vereinnahmungs- und Kontrollversuche von ANC, Omnium und Politik, sondern auch die eigene Praxis lassen dies bislang zumindest fraglich erscheinen. Bei dem als "Generalstreik" beworbenen Aktionstag am 8. November spielten sie eine tragende Rolle. Doch anstatt auch nur zu versuchen, die Produktion und den Handel und Konsum effektiv zum Erliegen zu bringen, wie es noch bei dem wirklichen Generalstreik vom 3. Oktober der Fall war, beschränkte man sich auf die Blockade von Straßen und Gleisen. Andererseits ermöglicht die kollektive politische Bildung und Aktion einen neuen Erfahrungshorizont, der für soziale Kämpfe in der Zukunft von im Moment noch unschätzbarem Wert sein könnte.

Selbst die Katalan*innen im Exil mobilisieren sich, in mehreren Städten werden CDRs gegründet (z. B. in Berlin und Freiburg). Eklatant ist bei solch heterogenen Gruppen aber der Mangel an politischer Bildung, wobei der durch die Mobilisierungen um den 15M gelegte Grundstock nicht ausreicht, um den Independentisme mit einer fundierten Staats- und Kapitalismuskritik zu flankieren oder gar zu ersetzen.

Die libertäre Bewegung und der Independentisme

Doch wie sollte man sich zur Unabhängigkeitsbewegung aus anarchistischer Sicht verhalten? Für die libertäre Bewegung in Katalonien war es bis vor einigen Jahren klar, dass der Independentisme kein progressives Potential in sich trägt. Erst der Wandel der Unabhängigkeitsbewegung, der wieder zunehmende Autoritarismus Madrids und die soziale und politische Lage im spanischen Staat hat auch unter Libertären eine neue Debatte mit neuen Perspektiven eröffnet. Nur wenige, wie zum Beispiel die kleine CNT-Abspaltung, verbleiben bei einem rigiden und orthodoxen anti- Independentisme.

Selbst der des Nationalismus unverdächtige Anarchist und Autor Manel Aisa sieht in der gegenwärtigen Situation die Option "alles in Frage zu stellen": "Abgesehen von den großen politischen Bewegungen wissen wir, dass die Debatte derzeit völlig verzerrt und kopflos ist, d. h. nichts ist rational; aber ich glaube, dass die Anarchisten kein Problem für den Independentisme sein sollten,[...] sondern die Debatte von 78 wiederaufnehmen sollten, wo die verunglückten Anarchisten praktisch allein

blieben, angesichts des Pakts und der Verteilung des Kuchens zwischen franquistas, Konvergenten, Sozialisten und Kommunisten. Jetzt haben wir endlich die Möglichkeit, nicht allein gegen diese Verfassung zu sein, gegen die wir als Anarchisten kämpfen und stimmen. Wenn euch die 78er-Debatte zu weit entfernt ist, gibt es nichts Besseres, als den derzeitigen spanischen Staat in Frage zu stellen, der als einziger existiert.[...]Ich glaube, dass der Anarchismus im 21. Jahrhundert wieder viel sozialer werden muss und den direkten Zusammenfluss mit dem suchen muss, was die sozialen Bewegungen jedes Augenblicks darstellen.[...]Aus diesem Grund ist es notwendig, die Puristen beiseite zu lassen, die es einem wichtigen Teil dieses Anarchismus unmöglich machen, am täglichen Leben der Gesellschaft teilzuhaben und ihn so unausführbar und elitär machen."

Die Federació Anarquista de Catalunya schrieb im September: "Die Unzufriedenheit mit der Verfassung von 78, die anhaltende Repression der katalanischen Kultur und der Kampf der Bewegungen, die die Selbstbestimmung verteidigen sind Beweis dessen, dass uns dieser Konflikt interessiert." Mit dem Referendum gälte es sich zu solidarisieren, da es dabei um die Frage der Selbstbestimmung gehe, die Teil der Selbstverwaltung und Selbstorganisation sei. Die Schaffung eines katalanischen Staates, auch in Form einer Republik, wird hingegen explizit abgelehnt, da von einer wirklichen Unabhängigkeit nicht gesprochen werden könne: "Wir lehnen auch die Schaffung einer Republik ab, trotz der Vorteile in Bezug auf die aktuelle Situation. Wir verstehen, dass die Republik eine Kontinuität der ökonomischen Verhältnisse sein wird. Wenn das, was bei der Schaffung eines neuen "republikanischen Staates" gesucht wird, größere Gerechtigkeit und Gleichheit ist, so schenkt das neoliberale Modell, das einen gewichtiger Teil der Unabhängigkeitsbewegung verteidigt, Katalonien eine ähnliche ökonomische Situation, wie die aktuelle. Das wollen wir nicht."

Genís Ferrero, Regionalsekretär der CNT Catalunya i Balears, analysiert die katalanische Unabhängigkeitsbewegung als eine demokratische Revolution, der die Sehnsucht nach einer besseren und bürgernahen Demokratie zugrunde liegt und in der bürgerliche Freiheiten vom Staat respektiert werden sollen. Als Schlüsselfrage der Bewegung artikuliere sich dabei das Recht zu entscheiden bzw. das Recht auf Selbstbestimmung: "Die Bewegung verstand es, ihren ganzen Diskurs um eine elementare Frage drehen zu lassen, die Menschen müssen in der Lage sein selbst über ihre Zukunft zu entscheiden und deshalb in einem Referendum abstimmen. Ob uns das als Anarchist*innen gefällt oder nicht, müssen wir davon ausgehen, dass sich für die Mehrheit der Bevölkerung die Kanalisierung ihrer Sehnsüchte und Wünsche durch die parlamentarische Demokratie vollzieht, so dass jenseits unserer nachdenklichen Analyse die Wahrnehmung von den Menschen ist, wenn ihnen

verweigert wird, mit JA oder NEIN zu stimmen oder einfach sich zu enthalten, dass dies von der Mehrheit der Bevölkerung als autoritär wahrgenommen wird." Für Anarchist*innen und Syndikalist*innen gelte es die Bewegung auch als eine Chance zu begreifen, und zwar "die Möglichkeit eines Regimewechsels im spanischen Staat. Die institutionelle Krise, die Spanien in diesen Tagen erlebt, ist beispiellos und die Situation der Regierung erscheint ruhig, ist aber sehr zerbrechlich." Denn durch die Infragestellung der territorialen Integrität des spanischen Staates wird eines der grundlegenden Axiome des Regimes angegriffen. Dies gelte es nun, als Türöffner zu verwenden, um "weitere Sachen zu diskutieren, wie die Agrarfrage, das Konkordat mit dem Vatikan, den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, oder die Institution der Bourbonen- Monarchie, und so weiter." Aufgabe der Anarchist*innen und Syndikalist*innen sei es hierbei nun, die nationale Debatte um die soziale Frage zu erweitern und wenn möglich in diese Richtung zu verschieben. Außen vor zu bleiben helfe nicht weiter, da man sonst einflusslos bleibe: "Wir haben die Verantwortung, eine offene Lücke zu beeinflussen, indem wir die soziale Frage in die Debatte einbringen, um daran zu erinnern, dass das Recht auf Selbstbestimmung nicht von einem Freiheits- und Demokratiebegriff getrennt werden kann, der breiter ist als bloße territoriale und administrative Reformen. Dass es keine Selbstbestimmung ohne die Arbeiterklasse gibt." Doch er warnt auch vor Risiken. Man müsse vorsichtig und mit Bedacht vorgehen, damit man am Ende nicht "die ganze Repression abbekommen wird. Wir müssen mit Intelligenz handeln, Bündnisse mit sozialen Bewegungen suchen und unsere Idee von Solidarität und gegenseitiger Unterstützung ausbauen, wobei wir uns ganz klar darüber sein müssen, dass es eine Sache ist, an dieser massiven Bewegung zur Verteidigung sozialer Freiheiten und Rechte teilzunehmen und eine andere Sache ist, als Sündenbock zu enden." Ein weiteres Risiko sieht Ferrero in einem Rebound-Effekt im übrigen Spanien. Sowohl der spanische Nationalismus allgemein, als auch faschistische Bewegungen könnten schließlich versuchen, durch die Ereignisse in Katalonien Kapital herauszuschlagen. Eine nicht unbegründete Gefahr, wie man an den jüngsten Aufmärschen der SCC 4 sieht, die seit kurzem in der Lage ist, bis zu 300.000 Menschen zu mobilisieren, während sie zuvor immer nur wenige Tausend Leute mobilisieren konnte. Auch die Gewalt durch spanische Faschist*innen nahm in den letzten Monaten in Katalonien (und auch in anderen Regionen) enorm zu.

Auch der anarchistische Autor Tomás Ibáñez sieht die Gefahr des wachsenden Nationalismus und der extremen Rechten. Die gegenwärtigen Konfrontationen, so Ibáñez, führten letztlich nur zu einem Anstieg der Nationalismen. Folglich sieht er

auch die libertäre Beteiligung an den Konfrontationen kritischer: "Aus der Sympathie, Wertschätzung und dem Verständnis, das ich für viele der Libertäre empfinde, die an den gegenwärtigen Mobilisierungen in Katalonien beteiligt sind, komme ich jedoch nicht umhin, dass sie auf völlig unfreiwillige Weise den von der katalanischen Regierung und den nationalistischen Formationen konzipierten Prozess der Schaffung eines "neuen Staates" fördern." Auch wenn das natürlich nicht deren Ziel ist, im Gegenteil: "Ihre Ziele reichen von einem Beitrag zur "Zerstörung des spanischen Staates" (hoffentlich wird dies erreicht) bis hin zu einer Situation, in der "alles entschieden werden kann" und nicht nur die politische Form des Territoriums. Durch die Perspektive der Radikalisierung des aktuellen Konflikts wird die Kreativität und der Funken der Selbstorganisation, die in der Bevölkerung zum Vorschein kommt, gefördert."

Die anarchistischen spanischen Gewerkschaften CNT, CGT und Solidaridad Obrera weisen in einer gemeinsamen Erklärung auf darauf hin, dass sie weiterhin die Mobilisierung auf der Straße gegen den repressiven Staat unterstützen werden, die Interessen der Arbeiter*innenklasse aber nicht über die Nationalisten vergessen werden dürfen. Auch wird insgesamt vor einer steigenden Repression gewarnt (Spanien hat eh schon mit der 2015 in Kraft tretenden "Ley Mordaza" surrealistisch hohe Strafen für politische Aktionen). Anarchistische Freund*innen aus Madrid sind äußerst reserviert gegenüber der Katalanischen Unabhängigkeitsbewegung und bezweifeln, dass sich mit der Erschaffung eines neuen Staates irgend etwas an der Situation der Bevölkerung ändern würde.

Wie immer in polarisierten Gesellschaften ist es schwer einen anderen Weg zu wählen, der nicht den zwei Hauptströmungen entspricht. In Katalonien ist es besonders für spanischstämmige Linke ein Problem, den fehlenden sozialen Charakter der Unabhängigkeitsbewegung zu kritisieren oder in privaten Kreisen überhaupt das Thema anzusprechen, da manche der weniger differenzierten Independentistas den Begriff "Faschist" auf alle anwenden die nicht für die Unabhängigkeit sind. Kurioserweise wird der Nazivergleich auch von der Spanischen Rechten auf die Katalanen angewandt.

Die zukünftige Entwicklung

Die Spanische Regierung hat durch die Anwendung des Artikel 155 der Konstitution die Kontrolle über die rebellische Region übernommen, Puigdemont ist nach Brüssel ins Exil geflüchtet, mehrere führende Politiker*innen sitzen im Gefängnis, der Polizeipräsident wurde abgesetzt. Diese Tage wurde die Hälfte der 5000 spanischen Polizist*innen wieder abgezogen, die das Referendum vom 1. Oktober hätten

verhindern sollen. Das Militär ist dabei, logistisches Material nach Katalonien zu schaffen und hält auch Bürgerkriegsszenarien für möglich. Immer mehr Firmen verlegen ihren Geschäftssitz von Katalonien nach Spanien, es gibt Boykottaufrufe gegen Produkte aus Katalonien. Die längerfristigen ökonomischen Folgen des Procés sind nicht abzusehen.

[4]Die SCC, die Societat Civil Catalana, ist eine Organisation der konservativen, prospanischen Zivilgesellschaft mit Verbindungen ins rechtsradikale Milieu.

Wichtig ist auch die Frage, ob die Spanische Rechte es weiterhin schafft, die Situation zu ihrem Vorteil zu nutzen. Bis jetzt war die Konstruktion des Feindbildes in der Bevölkerung sehr erfolgreich (die populistischen nationalistischen Diskurse der katalanischen Politiker*innen haben die antikatalanische Hetze einfacher gemacht).

Die Gleichschaltung der Medien ist überwältigend und selbst liberale Medien fahren eine extrem parteiische Berichterstattung. Der König hat sich völlig auf Seiten der Zentralregierung positioniert und die völlig unverhältnismäßige Polizeigewalt am 1. Oktober bis jetzt mit keinem Wort erwähnt. Immerhin gab es in ganz Spanien große Demonstrationen mit der unter dem Begriff "hablemos", die einen Dialog fordern und die Regierungen beider Seiten kritisieren.

Neuwahlen in Katalonien sind von der Zentralregierung für den 21. Dezember angeordnet. Was danach geschehen wird, hängt zu einem großen Teil von deren Ausgang ab. Auch daran wird die Dominanz der Parteien über die Unabhängigkeitsbewegung deutlich. Die Rolle der CUP als linksradikaler, basisdemokratisch organisierter Partei ist wichtig, da sie soziale Themen in die Unabhängigkeitsdebatte bringt. Ihr Einfluss darf aber erstens nicht überbewertet werden (8 % bei den letzten Wahlen 2015, in den Umfragen sieht es gerade tendenziell nach etwas weniger aus) und außerdem sollten wir als Anarchist*innen eigentlich darüber hinweggekommen sein, unsere Hoffnungen in den Wahlerfolg einer kleinen linksradikalen Partei zu legen.

Die Vernetzung der sozialen Bewegungen auf der Straße findet aber weiterhin statt und viele Menschen politisieren sich. Das Verbot des Referendums hat die Katalanen zweifellos zusammen geschweißt. In den ländlichen Gegenden, die die Polizeigewalt nur wenig zu spüren bekommen haben, war es wie ein Versteckspiel der Einwohner gegen die Polizei, inklusive Ausguck auf dem Kirchturm und Vokü auf dem Marktplatz. Die längerfristigen Proteste halten aber fast nur die schon vorher aktiven

Menschen durch, neu politisierte Independentistas sahen ihrer Rolle durch die Teilnahme am Referendum und vielleicht auch noch am zwei Tage darauf folgenden Generalstreik Genüge getan. Die Zeit der größeren Volks-Mobilisierungen ist nun vorerst wieder vorbei.

Die Unabhängigkeitsbewegung birgt sowohl Chancen als auch Risiken für libertäre Positionen. Was wir mal wieder von der Geschichte lernen können ist aber: An langfristiger Organisation und funktionalen Strukturen führt kein Weg vorbei, wenn wir von den Ereignissen nicht überrollt werden wollen. Das gilt in Katalonien und Deutschland wie überall. Packen wir es an!

20.12.2017

<http://www.ainfos.ca/de/ainfos06527.html>